## S 9 KR 72/99

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen Sozialgericht Sozialgericht Duisburg Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren -

Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 9 KR 72/99 Datum 22.10.1999

2. Instanz

Aktenzeichen L 16 KR 252/99

Datum -

3. Instanz

Datum -

Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides vom 19.01.1999 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.04.1999 verurteilt, dem Kläger über den 17.01.1999 hinaus bis zum 28.02.1999 Krankengeld nach MaÃ∏gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu gewähren. Die Beklagte trägt die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Klägers dem Grunde nach.

## Tatbestand:

Die Beteiligten streiten dar  $\tilde{A}^{1/4}$ ber, ob der Kl $\tilde{A}^{1/4}$ ger auch f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Zeit ab dem 17.01.1999 bis zum 28.02.1999 Anspruch auf Zahlung von Krankengeld hat.

Der am 00.00.1939 geborene Klä¤ger ist bei der Beklagten krankenversichert. Sein Beschä¤ftigungsverhä¤ltnis als Vertriebsleiter bei der Firma N1 endete laut Aufhebungsvertrag vom 08.09.1998 am 13.09.1998 gegen Zahlung einer Abfindung. Seit dem 01.03.1999 bezieht der Klä¤ger vorgezogenes Altersruhegeld. Der Klä¤ger ist laut den von dem praktischen Arzt M ausgestellten Arbeitsunfä¤higkeitsbescheinigungen seit dem 12.09.1998 und ab dem 22.01.1999 von den Ä□rzten fä¼r Innere Medizin und Kardiologie Dres. N2, X und T wegen Angina-pectoris-Beschwerden und Stenokardien fortlaufend arbeitsunfä¤hig krank

geschrieben. Eine am 22.10.1998 von Dr. L vom Medizinischen Dienst â MDK â Mordrhein vorgenommene Begutachtung ergab das weitere Vorliegen von Arbeitsunf Änligkeit. Anl Änsslich einer am 18.01.1999 durchgef Ährten Begutachtung vertrat Dr. L die Auffassung, bez Ähglich der zuletzt ausge Ähbten Täntigkeit bestehe weiterhin Arbeitsunf Änligkeit. Die Arbeitsunf Änligkeit känne jedoch ab dem 18.01.1999 f Ähr ausschlie Älich leichte, Ähberwiegend sitzende Täntigkeiten aufgehoben werden.

Im Schreiben vom 19.01.1999 â ohne Rechtsmittelbelehrung â teilte die Beklagte dem Klã ger unter Bezugnahme auf das vom MDK eingeholte Gutachten mit, dass die Arbeitsunfã higkeit am 17.01.1999 ende und empfahl die Beantragung von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Hiergegen erhob der Klã ger am 27.01.1999 bei der Beklagten Widerspruch und verwies auf eine beigefã 4 Arbeitsunfã higkeitsbescheinigungen der à rzte fã 4 Innere Medizin/Kardiologie Dres. N2, X und T vom 20.01. und 24.02.1999, worin Arbeitsunfã higkeit fã 4 die zuletzt ausgeã 4 bte Tã tigkeit angegeben wird.

Mit Schreiben vom 24.02.1999 teilte die Beklagte dem KlÄger mit, dass die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung mit dem 17.01.1999 ende und wies auf die MĶglichkeit einer freiwilligen Versicherung hin. Die Beklagte holte zu den vom KlĤger vorgelegten Befundberichten eine Stellungnahme des beratenden Arztes T2 vom MDK ein, der unter dem 01.03.1999 die Auffassung vertrat, nach den internistisch-kardiologischen Befunden bestehe eine VermittlungsfĤhigkeit fļr körperlich leichte Tätigkeiten im Sitzen. Im Anhörungsschreiben vom 04.03.1999 setzte die Beklagte den KlĤger vom Ergebnis der eingeholten Stellungnahme in Kenntnis und führte hierzu aus, das letzte BeschĤftigungsverhĤltnis sei für die Beurteilung der ArbeitsunfĤhigkeit sozialmedizinisch nicht mehr maÄngebend, da es nicht mehr bestehe. In einem weiteren erlĤuternden Schreiben vom 10.03.1999 führte die Beklagte aus: Bei Arbeitslosen, die einen Krankengeldanspruch nach § 47 b des Sozialgesetzbuches Fünftes Buch â∏ SGB V â∏ hÃxtten, könne die ArbeitsunfÃxhigkeit nicht an der zuletzt ausgeübten Erwerbstätigkeit gemessen werden. MaÃ∏stab für die ArbeitsunfĤhigkeit sei vielmehr der TĤtigkeitsbereich, der fļr eine Vermittlung des Arbeitslosen in Betracht komme. Nach der gesetzlichen Regelung in § 121 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches Drittes Buch â∏ SGB III â∏ seien einem Arbeitslosen alle seiner ArbeitsfĤhigkeit entsprechenden BeschĤftigungen zumutbar, soweit allgemeine oder personenbezogene GrÃ1/4nde der Zumutbarkeit einer BeschĤftigung nicht entgegen stĤnden. ArbeitsunfĤhigkeit lĤge nur vor, wenn der Arbeitslose krankheitsbedingt nicht in der Lage sei, eine zumutbare Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auszuüben; anderenfalls stehe er der Arbeitsvermittlung zur VerfA¼gung und habe Anspruch auf entsprechende Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Der KlĤger hielt den Widerspruch aufrecht und erhob Einwendungen gegen die aus seiner Sicht unzureichende Begutachtung durch den MDK. Er fügte eine Bescheinigung des Kardiologen Dr. X vom 30.03.1999 bei, worin er angibt, der KlĤger sei aufgrund der cardialen Erkrankungen nicht mehr in der Lage, auch nur leichte TÄxtigkeiten auf Dauer auszuüben.

Mit Widerspruchsbescheid vom 12.04.1999 wies die Beklagte den Widerspruch aus den Gr $\tilde{A}^{1}$ 4nden des Ausgangsbescheides sowie unter Wiederholung der in dem in der Folgezeit gef $\tilde{A}^{1}$ 4hrten Schriftverkehr dargelegten Rechtsausf $\tilde{A}^{1}$ 4hrungen zur $\tilde{A}^{1}$ 4ck.

Der Kläger hat am 19.04.1999 durch seine Prozessbevollmägchtigten Klage erhoben, mit der er an seinem Begehren auf Krankengeldzahlung über den 17.01.1999 hinaus bis zum 28.02.1999 festhĤlt. Er trĤgt vor: Er habe eine abgeschlossene kaufmĤnnische sowie eine Banklehre absolviert. Zuletzt sei er in der Kundenbetreuung tÄxtig und Vorgesetzter von 6 bis 7 Mitarbeitern gewesen. Da seine ArbeitsunfĤhigkeit noch wĤhrend des bestehenden BeschĤftigungsverhĤltnisses begonnen habe, beurteile sich die ArbeitsunfĤhigkeit nach der bisherigen bzw. einer gleichartigen TĤtigkeit. Da er keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen habe, sei die Vorschrift des § 47 b SGB V auf ihn nicht anwendbar. Insoweit sei es unzulässig, das Arbeitsförderungsrecht als MaÃ∏stab der Verweisbarkeit innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung heranzuziehen. Das bei ihm aufgrund einer erheblichen coronaren Funktionseinschräunkung bei Zustand nach Bypass-Operation und coronarer DreigefĤÃ∏erkrankung vorliegende Krankheitsbild schlie̸e jegliche Stressbelastung aus, die für hochqualifizierte Führungspositionen anzunehmen sei. Insoweit seien keine ihm noch zumutbaren Verweisungstätigkeiten ersichtlich, so dass er bis zum Beginn des Altersruhegeldes Anspruch auf Krankengeld habe. Der KlĤger verweist auf einen Aufsatz des Leiters des GeschĤftsbereiches Versicherungsservice bei der AOK Westfalen-Lippe, Dortmund, aus Februar 1998 sowie auf die Kommentarliteratur zur Frage der ArbeitsunfĤhigkeit bei zwischenzeitlich beendetem BeschÄxftigungsverhÄxltnis.

Der KlAxger beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 19.01.1999 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.04.1999 zu verurteilen, ihm  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber den 17.01.1999 hinaus bis zum 28.02.1999 Krankengeld nach Ma $\tilde{A}$ gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagte verbleibt demgegenüber bei ihrer bisher vertretenen Rechtsauffassung. Unstreitig sei der Kläger für seine zuletzt ausgeübte Tätigkeit þber den 18.01.1999 hinaus weiterhin arbeitsunfähig. Gleichwohl sei die Beendigung der Arbeitsunfähigkeit aufgrund des bestehenden Restleistungsvermögens und die Verweisung an das Arbeitsamt zu Recht erfolgt. MaÃ□stab für die Verweisbarkeit sei nicht die zuletzt ausgeübte Tätigkeit, sondern jede Tätigkeit, auf die der Kläger unter Berücksichtigung seiner körperlichen Einschränkungen zumutbar verweisbar sei. Der Verlust des Arbeitsentgeltes sei im Falle der Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr

auf die ArbeitsunfĤhigkeit zurückzuführen, sondern auf den Verlust des Arbeitsplatzes. Zur Absicherung dieses Risikos sei die Arbeitslosenversicherung zuständiger Sozialversicherungsträger. Wenn durch den Verlust des Arbeitsplatzes der Grund für die Sicherung entfallen sei, müsse im Sinne der Versichertengemeinschaft eine Verweisung nach den Gesichtspunkten des <u>§ 121 SGB III</u> erfolgen. Insoweit komme es nur darauf an, ob ihm die Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nach dem Recht der Arbeitsförderung zuzumuten sei. Unerheblich sei, ob ein konkreter Arbeitsplatz für den Kläger zur Verfügung stehe. Die Verweisbarkeit des Klägers beurteile sich analog <u>§ 121 SGB III</u>, da der Kläger einem Arbeitslosen gleichzustellen sei. Insoweit hätte er unter den erleichterten Voraussetzungen des <u>§ 428 SGB III</u> Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung gehabt. Die Beklagte verweist zur Stützung ihrer Rechtsauffassung auf das Urteil des Sozialgerichts fþr das Land Saarland vom 21.04.1999, Az: S 1 KR 162/98.

Das Gericht hat den Beteiligten das Urteil des Sozialgerichts Gelsenkirchen vom 10.12.1998, Az: <u>S 17 KR 68/98</u>, zur Kenntnis gebracht.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und den der Verwaltungsakte der Beklagten, die sĤmtlich vorgelegen haben und Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind, verwiesen.

## Entscheidungsgründe:

Die als kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage nach <u>§ 54 Abs. 1 und Abs. 4</u> des Sozialgerichtsgesetzes â∏∏ SGG â∏∏ zulässige Klage ist in dem aus dem Urteilstenor ersichtlichen Umfang begründet. Der Kläger ist durch den angefochtenen Bescheid der Beklagten im Sinne des <u>§ 54 Abs. 2 S 1 SGG</u> beschwert, denn dieser ist rechtswidrig. Zu Unrecht verweigert die Beklagte ihm die Weiterzahlung des Krankengeldes über den 17.01.1999 hinaus bis zum Beginn des Altersruhegeldes am 01.03.1999. Der KlÄger hat indessen auch fļr die Zeit ab dem 17.01.1999 bis zum 28.02.1999 Anspruch auf Krankengeld im Rahmen der laufenden Blockfrist, denn die zugrunde liegende Herzerkrankung hat ihn arbeitsunfÄxhig gemacht, <u>§ 44 Abs. 1 S 1</u> erster Halbsatz SGB V. Unter ArbeitsunfĤhigkeit ist die auf Krankheit beruhende UnfĤhigkeit des Versicherten zur Verrichtung seiner unmittelbar vor Eintritt der krankheitsbedingten EinschrĤnkung des LeistungsvermĶgens ausgeļbten ErwerbstĤtigkeit zu verstehen. Der tatsÄxchlichen UnfÄxhigkeit steht es gleich, wenn die Arbeit krankheitsbedingt nur unter der Gefahr einer Verschlimmerung des Gesundheitszustandes fortgesetzt werden kA¶nnte. Unstreitig ist, dass der KlA¤ger über den 17.01.1999 hinaus für seine zuletzt ausgeübte Beschäftigung eines Vertriebsleiters auch für die hier streitbefangene Zeit arbeitsunfähig ist. Streitig ist jedoch, ob das von Dr. L vom MDK anlAxsslich seiner am 18.01.1999 vorgenommenen Begutachtung angegebene RestleistungsvermĶgen des KlĤgers â∏ die Richtigkeit der medizinischen Feststellungen einmal unterstellt â∏ den Anspruch auf Krankengeld bei Verweisbarkeit auf den allgemeinen Arbeitsmarkt entfallen lässt oder ob nicht vielmehr â∏ jedenfalls im Rahmen der laufenden

Blockfrist â∏ die Anforderungen des zuletzt innegehabten Arbeitsplatzes für die Beurteilung der ArbeitsunfĤhigkeit maÄ∏gebend bleiben, und zwar unabhĤngig davon, ob das BeschĤftigungsverhĤltnis fþr die Dauer der ArbeitsunfĤhigkeit fortbesteht oder nicht. Nach Auffassung der Kammer ist für den Fall, dass ein Versicherter â∏∏ wie im vorliegenden Sachverhalt â∏∏ noch während eines formell bestehenden BeschĤftigungsverhĤltnisses arbeitsunfĤhig wird, bei der Beurteilung der ArbeitsunfĤhigkeit weiterhin auf die besonderen Anforderungen dieser TÄxtigkeit abzustellen, auch wenn das BeschÄxftigungsverhÄxltnis zwischenzeitlich nach arbeitsrechtlichen GrundsÄxtzen beendet wird. Bei einem gelösten Arbeitsverhältnis bleibt MaÃ∏stab für die Feststellung der ArbeitsunfĤhigkeit die TĤtigkeit, aus der heraus die ArbeitsunfĤhigkeit eingetreten ist bzw. das BeschĤftigungsverhĤltnis, aus dem der Krankenversicherungsschutz erworben wurde. Dies gilt zum Schutz des Versicherten jedenfalls innerhalb der laufenden Bockfrist. Ein sachlicher Grund für eine Ungleichbehandlung solcher Versicherter, deren BeschĤftigungsverhĤltnis wĤhrend der ArbeitsunfĤhigkeit zumindest faktisch fortbesteht und solchen, bei denen das Beschäftigungsverhältnis zwischenzeitlich â∏∏ aus welchen Gründen auch immer â∏ beendet wird, besteht zumindest während einer laufenden Blockfrist nicht.

Auch soweit man der Auffassung der Beklagten grundsÄxtzlich darin folgen will, dass ihm Falle eines beendeten ArbeitsverhÄxltnisses eine Verweisung auf andere als die zuletzt ausgeļbte TĤtigkeit zur Beendigung der ArbeitsunfĤhigkeit statthaft ist, so ist die hier vorgenommene Verweisung des KlĤgers auf Inanspruchnahme von Leistungen der Arbeitslosenversicherung gleichwohl aus mehreren Gründen unzulässig. Zum einen ist die bloÃ∏e medizinische Feststellung eines mĶglicherweise abstrakt noch gegebenen LeistungsvermĶgens (z. B. kĶrperlich leichte Arbeiten im Sitzen ohne Stressbelastung usw.) nicht ausreichend, um einen Versicherten mit dieser Ma̸gabe an die Arbeitslosenversicherung zwecks Vermittlung eines behindertengerechten Arbeitsplatzes zu verweisen. Vielmehr ist es Aufgabe der Beklagten, dem Versicherten eine tarifvertraglich vorgesehene TÄxtigkeit konkret zu benennen, die er mit dem festgestellten RestleistungsvermĶgen noch ausführen könnte. Die hierfür notwendigen Ermittlungen hat die Beklagte in eigener ZustĤndigkeit ggf. in Zusammenarbeit mit dem zustĤndigen Arbeitsamt zu tÃxtigen. Eine solche konkrete und zumutbare VerweisungstÃxtigkeit hat die Beklagte dem KlĤger indessen nicht benannt. Zum anderen ist es nach Auffassung des Gerichts bereits unzulÄxssig, ohne weiteres die ZumutbarkeitsgrundsÄxtze des Arbeitsförderungsrechts als MaÃ∏stab der Verweisbarkeit innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung heranzuziehen. Denn insoweit unterscheiden sich die Zumutbarkeitskriterien. WĤhrend sich die Zumutbarkeit einer TĤtigkeit nach Ma̸gabe der in § 121 AbsÃxtze 2 bis 4 SGB III getroffenen Regelungen u.a. nach dem bisherigen Bemessungsentgelt sowie den aufzuwendenden Pendelzeiten und weniger nach der QualitÄxt der zuvor ausgeļbten TÄxtigkeit richtet, kommt eine Verweisung nach den krankenversicherungsrechtlichen GrundsÄxtzen nur auf Ĥhnliche bzw. gleichgeartete TĤtigkeiten in Betracht. (vgl. hierzu: Entscheidungen des Bundessozialgerichts â∏ BSG â∏ Band 57, Seite 227 ff; Band 61, Seite 66).

Da der KlĤger eine Führungsposition im mittleren Management inne hatte, ist im Bereich der Krankenversicherung eine Verweisung nur auf eine gleichgeartete TÃxtigkeit möglich und zulÃxssig. Den damit zwangslÃxufig verbundenen Stressbelastungen ist der KlĤger jedoch aufgrund seiner Herzerkrankung unstreitig nicht mehr gewachsen. ̸berdies ist zu beachten, dass für den Fall, dass zuletzt ein anerkannter Ausbildungsberuf ausgeübt wurde, Verweisungsmöglichkeiten auà erhalb dieses Berufes ausscheiden; auch innerhalb des Berufes ist die ̸hnlichkeit zu prüfen. Darüber hinaus sind nur kurze Einarbeitungszeiten zumutbar; eine erhebliche Umstellung kann â∏∏ anders als im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung â∏ nicht verlangt werden. Die VerweisungstÄxtigkeit muss ferner wirtschaftlich gleichwertig sein; diese Voraussetzung ist noch gegeben, wenn die Einkommenseinbusse unter 10 v.H. bleibt. Die wirtschaftliche Gleichwertigkeit ist anhand einer Gegenüberstellung des Regelentgeltes (<u>§ 47 SGB V</u>) und des zu erzielenden Verdienstes (tarifliches Entgelt oder höheres Durchschnittsentgelt) zu prýfen. SchlieÃ∏lich mÃ⅓ssen Arbeitsstellen få¼r Ťhnliche oder gleichgeartete TŤtigkeiten in nennenswerter Zahl vorhanden und tĤglich zumutbar erreichbar sein. Nicht erheblich ist dagegen, ob solche Stellen offen oder besetzt sind. Im vorliegenden Fall ist auch nicht ansatzweise ersichtlich, dass die Beklagte sich mit den vorgenannten Zumutbarkeitskriterien auseinandergesetzt hat. Angesichts des dem KlĤger theoretisch verbliebenen RestleistungsvermĶgens wĤren für ihn allenfalls völlig untergeordnete ungelernte Tätigkeiten (z. B. Pförtner an einer Nebenpforte) als VerweisungsmĶglichkeit in Betracht gekommen, auf die er im Hinblick auf seine zuvor inne gehabte berufliche Stellung jedoch nicht zumutbar verweisbar gewesen wÄxre. Soweit sich die Beklagte zu einer Zumutbarkeitsprüfung anhand der aufgezeigten Kriterien nicht in der Lage sieht, kann sie von der MĶglichkeit einer Verweisung keinen Gebrauch machen, sondern hat das von ihr versicherte Risiko mit der Weiterzahlung von Krankengeld weiterhin zu tragen.

Keinesfalls hÃxlt es die Kammer in diesem Zusammenhang für zulÃxssig, die ArbeitsunfÃxhigkeit des Versicherten ohne weitere Zumutbarkeitsprüfung zu beenden, ihn an die Bundesanstalt für Arbeit zu verweisen und dieser dann die weitere Ã $\square$ berprüfung zu überlassen. Eine derartige Lastenverschiebung von der gesetzlichen Krankenversicherung zur Arbeitslosenversicherung ist weder vom Gesetzgeber vorgesehen noch kann sie der genannten Rechtsprechung des BSG zur Verweisung bei ArbeitsunfÃxhigkeit entnommen werden.

Nach alledem ist der Klage stattzugeben.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1 SGG</u>.

Erstellt am: 23.11.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024

